

Mit gesammelter Kraft.

ap. In Nr. 15 der Neuen Zeit hat vor einiger Zeit Genosse Jakob Heinen Vorschläge gemacht, wie die Angriffs Kraft der Gewerkschaften gefeiert werden könnte. Die Missstimmung in den Massen, die ja in inneren Konflikten innerhalb der Gewerkschaften liegt, macht, kommt nur daher, daß durch den Mangel an Aktionsfähigkeit zu wenig positive Verbesserungen erzielt werden. Um diese Aktionsfähigkeit zu steigern, soll an die Stelle der getrennten Gewerkschaften eine einzige große Arbeiterorganisation treten, zu der sich die heutigen Verbände zusammenschließen sollen. Eine solche Organisation würde eine so gewaltige Macht darstellen, daß sie es mit der stärksten Unternehmerorganisation aufnehmen könnte. Ausprägungen mit noch ausgedehnteren Angriffsbewegungen beantworten könnte und hinter jede kämpfende Arbeitergruppe die ganze Macht des organisierten Proletariats stellen würde. Eine solche Organisation würde so viel Vertrauen in den Arbeitern nötig haben, daß die noch fernstehenden ihr in hellen Scharen zustromen würden.

Der Gedanke an eine Zusammensetzung aller gewerkschaftlichen Kräfte zu einer Organisationseinheit ist schon wiederholt und in verschiedenen Ländern (vor einigen Jahren stark in England) aufgetreten, meist als Reaktion des revolutionären Empfindens der gemeinsamen Klasseninteressen gegen die zünftige Zersplitterung in Fachverbänden. Die stimmt zünftigen Unzuträglichkeiten in der Aktionsspraxis, wie sie namentlich in England und Amerika schroff zutage traten, haben schon zu der Form der Industrieverbände geführt, ohne daß diese die Berufsvereine völlig verdrängen konnten. Aber das Wesentliche der Idee der großen Einheitsorganisation liegt nicht in dem praktisch schädlichen der Berufszersplitterung innerhalb derselben Fabrik, auf die später Genosse Riepl in der Neuen Zeit noch hingewiesen hat. Wo man dieser Idee unter den Arbeitern begegnet, kommt sie aus der Empfindung heraus, daß die Gewerkschaften unter der modernen Entwicklung keine genügende Leistungsfähigkeit mehr zeigen.

Auf die Tatsache selbst ist schon oft genug hingewiesen worden. In dem ersten Jahrzehnt der hinter uns liegenden Prosperitätsperiode nahmen die Gewerkschaften einen gewaltigen Aufschwung und wußten die Arbeitsbedingungen und die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern. Dann traten ihnen die Unternehmerverbände, trat ihnen die konzentrierte Kapitalmacht immer stärker in den Weg; zwar wußten sie die Gehaltssteigerung noch allmählich emporzutreiben, aber nicht in dem Maße, wie die Lebensmittelpreise steigen. Allgemein wird anerkannt — mag ein Minister aus zurechtgestellten Zitaten auch das Gegenteil herausstellen wollen —, daß die Lebenshaltung der Arbeiter sich in den letzten Jahren verschlechtert hat. Das besagt natürlich nichts gegen die Gewerkschaften, deren Aktion und Macht allein imstande war, ein noch stärkeres Fallen zu verhindern. Die so oft kritisierte Jagdhastigkeit und Vorsicht der Gewerkschaftsvorstände ist ein Symptom dieser geänderten Machtverhältnisse. Aber es ist klar, daß die Arbeiter in den Gewerkschaften sich nicht einfach mit der Erklärung abspfeilen lassen können: ihr habt unrecht mit euren Klagen und Vorwürfen, denn es kann nun einmal nicht anders sein! Es ist notwendig, immer aufs neue zu untersuchen, was an Organisation und Taktik zu verbessern ist. Das Proletariat kann sich nicht einfach fatalistisch seinem Los und dem Gedanken ergeben, daß es seine Erfolge erkämpfen kann; das ist auch nicht wahr. Es hat nur seine Methoden mit den geänderten Umständen in Übereinstimmung zu bringen.

Man kann nun allerdings dem Vorschlag der Einheitsorganisation entgegenhalten, daß er allzu einfach ist. Wo eine solche gemeinsame Organisation, oft mit der Partei zusammen, in den Anfängen der Arbeiterbewegung bestand, hat sie sich später immer differenzieren müssen, um den Klein-Krieg gegen die Unternehmer in getrennten Verbänden zu führen. Würde man jetzt einen solchen Einheitsverband gründen, so müßte er doch für den alltäglichen Gewerkschaftskampf in berufliche Gruppen geteilt werden. Die Spezialisierung in einzelne Gewerkschaftsverbände bleibt eine Notwendigkeit, so gut wie die Zentralisation ihrer Kraft es immer mehr wird. Von dem Vorschlag bleibt also dies übrig, daß die Gewerkschaftsverbände sich viel enger zusammenschließen sollen, ihre Finanzen als Teile eines gemeinsamen Schachtes und ihre großen Kämpfe als gemeinsame Angelegenheiten betrachten und behandeln sollen. Heute sind die notwendige Spezialisierung und die gleich notwendige Zentralisation der Aktion in der Weise miteinander verbunden, daß die Vorstände an den Spitzen der riesigen Verbände alle Entscheidungen in ihren Händen konzentrieren, während die verschiedenen Verbände getrennt nebeneinander stehen, ähnlich wie die Staatsregierungen, die auch im Innern alle Macht besitzen, ohne nach außen zu einer höheren Einheit verbunden zu sein. Einerseits wird nun geklagt, daß die Vorstände unmöglich mehr alles überblicken können, weil die Verbände schon so groß sind, andererseits umfassen die noch zu wenig, und soll die viel größere Gesamtmasse aller Verbände einheitlich gefeiert werden. Beide Forderungen widersprechen einander und beide sind doch in den Verhältnissen be-

gründet. Dieser Widerspruch wird gehoben durch eine weniger starre, gesenkligere Organisationsform, bei der die Führung und Entscheidung statt an einer Stelle konzentriert zu sein, stufenweise gegliedert wird, teilweise auf kleinere Teile übergeht, teilweise, wenn der Kampf immer riesiger anwächst, in die Hände der Gesamtheit der Verbände gelegt wird. Die konzentrierte Macht der Einheitsorganisation wäre dabei durch die berufliche und lokale Gliederung und Dezentralisation mit einer genügenden Aktionsfähigkeit für die Tagespraxis vereinigt. Wie, inwieweit und durch welche Mittel eine solche Weiterentwicklung der Organisationsform stattfinden kann, darüber nachzudenken und zu entscheiden wird Sache derjenigen sein, die mitten in der Praxis des Gewerkschaftslebens stehen.

Aber die Bedeutung jener Vorschläge und Gedanken liegt nicht in erster Linie in der Organisationsform. Diese umzuändern, kostet immer eine ungeheure Anstrengung; große Hemmungen und Reibungen stellen sich dem in den Weg, die in der Schwierigkeit des ganzen Apparats wurzeln, und so wird es noch eine gute Weile dauern können, bevor aus solchen Gedanken etwas Praktisches wird. Über die Organisation ist kein Selbstzweck; sie dient zum Kampf. Wo in den Köpfen der Arbeiter der Gedanke an größere Einheit der Organisation auftritt, da meinen sie größere Einheit des Kampfes. Diese wird sich schon durchsetzen, bevor der entsprechende organisatorische Apparat hergestellt worden ist; und sie wird auch die Wirkungen zeitigen, die Genosse Heinen von der Einheitsorganisation erwartet.

Dieser Gedanke entspringt der Erfahrung der modernen Gewerkschaftskämpfe. Immer wieder — wie zuletzt bei der Werstarbeiterbewegung — mußte man zurückweichen, weil die Unternehmer mit der Aussperrung drohten. Müssen die Arbeiter die Aussperrung als so übermächtig anerkennen, daß sie der Drohung stets zu weichen haben? Haben sie kein noch stärkeres Mittel, es zu parieren? Da drängt sich von selbst die Überzeugung auf, daß ein solches Mittel in der Hilfe der Gesamtheit der Klassen genossen zu finden ist. Für den einzelnen auf seine Klasse angewiesenen Verband bedeutet eine Aussperrung nur dann eine Lebensfrage, wenn die übrige Arbeiterchaft sich nicht darum kümmert und weiterlebt, als ob nichts passiert sei. Dies wird aber bei modernen Riesenkämpfen ein immer unmöglicherer Zustand. Würde die abstrakte Sympathie sich in Taten äußern können, würden alle mitsämpfen können, als wäre es ihre eigene Sache, so würde eine viel gewaltigere Kraft der Aussperrung gegenüberstehen; dann brauchte man nicht mehr jeden kleinen Kampf auf die Drohung mit der Aussperrung hin einzustellen.

Eine solche tatkräftige Mithilfe wäre in zweierlei Weise möglich. Entweder durch Geldunterstützung: besondere Kampfsbeiträge aller organisierten Arbeiter könnten sogar die Opfer einer Riesenaussperrung ohne Mühe auf den Beinen halten, und die Unternehmer würden sich zweimal bedenken, ob sie bei dieser Sache so schnell zu ihrer beliebten Waffe greifen sollen. Oder, die Unterstützung könnte in der Form des Sympathiekreises bestehen; dieses bei schwacher Arbeiterbewegung in anderen Ländern auf kleiner Stufenleiter benutzte Mittel würde hier, in dem Riesenumbau großer gewerkschaftlicher Generalstreiks eine mächtige Gegenwaffe sein. Natürlich wäre es kein Zaubermittel, das auf einmal den Arbeitern Sieg in allen Fällen verspricht; aber der lärmende Druck der Aussperrungsdrohung wird von ihnen genommen, wenn man durch noch weitere Verallgemeinerung des Kampfes den Schlag mit einem kräftigeren Gegenschlag beantworten kann.

Solche Kämpfe bekommen dabei einen stark politischen Charakter; sie treffen die ganze Gesellschaft; das ganze Publikum und der Staat werden in Mitteinschafft gezogen. Über darin liegt kein Nachteil. Die Daseinsnotwendigkeit wird dabei gegen die frivole Aussperrungstaktik aufgerückt, die aus der Naivität eines Kapitalisten eine Nationalkatastrophe erwachsen läßt. Und sobald der Kampf politisch wird, haben die Arbeiter weitere Möglichkeiten der Aktion; um so allgemeiner der Kampf, um so mehr wird das Interesse, die Teilnahme und die Zuversicht der weiten Arbeiterschaft geweckt, deren Gleichgültigkeit das Hauptelement unserer Schwäche bildet. Die Zusammensetzung aller Kräfte zu größerer Einheit schafft neue Kampfausichten, und der größere Kampf weitet wieder größere und mächtigere Einheit —

dere die Fortdauer der Verlegung wird, zumal sie in einen so harten Winter fällt, als eine schwere Verhaftung empfunden, und zwar nicht nur von den Beteiligten, sondern von dem Volke und in erster Linie von den Angehörigen derjenigen Offiziere und Mannschaften des Regiments, welche keinen Anlaß zu der Verlegung gegeben haben. Ich richte an den Reichskanzler die Anfrage, ob und wie lange die bisher empfundene Verhaftung des ganzen Regiments ausgedehnt werden soll, bzw. wenn das Regiment wieder seiner früheren oder einer anderen Garnison überwiesen werden soll?

Generalmajor Witt v. Hohenborn: Es handelt sich bei der Verlegung der Garnison von Jävern durchaus nicht um eine Bestrafung derselben. Die Verlegung kann so weniger als Strafe empfunden werden, als eine große Anzahl von Truppen seit dem 1. Oktober 1913 auf den Truppenübungsplätzen untergebracht werden mußte. Eine Beantwortung der Frage selbst kann nicht erfolgen. (Heiterkeit, Kurz und hört, hört! im Zentrum und links.)

Hierauf wird die

zweite Beratung des Kaisers des Reichsamts des Innern beim Titel Staatssekretär fortgesetzt.

Abg. Weinhausen (Wp.): Die Resolution der Konservativen in der Frage des Koalitionsrechts lehnen wir ab, wir hoffen, daß die Regierung in ihrer angekündigten Denkschrift auch die Auswirkungen auf Seiten der Arbeitgeber darstellt. (Schr. gut! links.) Die Streikbrecher werden von den Konservativen Arbeitswillige genannt, die Konservativen die Streikbrecher in ihren Reihen „Rotbretter“ und sind gegen diese genau so erbittert wie die Arbeiter gegen ihre Streikbrecher. (Schr. richtig! links.) Sehr notwendig ist die Schaffung eines einheitlichen Arbeiter- und Angestelltenrechts, das auch der Deutschen Juristentag wiederholt gefordert hat. In der sozialpolitischen Gesetzgebung verlangen meine Freunde einen weiteren Ausbau zunächst im Staatsarbeiterrecht. Für die Beamter sollten endlich die Gehaltskürze ins Leben treten. Werden sie etwa deswegen hinausgeschoben, damit das ganze Elend der Beamter nicht bekannt wird? — Es ist sehr bedauerlich, daß gerade die deutschen Vertreter auf der internationalen Arbeiterschaftskonferenz den Ausfall gegeben haben, die Schuhgrenze für das jugendliche Alter auf das 18. statt auf das 18. Lebensjahr festzusetzen. Eine Pause in der Sozialpolitik wünschen wir nicht. Die Sozialpolitik muß weiter ausgebaut werden zum Wohle unsres gesamten Volkes. (Bravo! bei der Wp.)

Abg. Dombeck (Pole) verlangt ein Reichseinigungsbund mit Verhandlungzwang; der letzte oberösterreichische Bergarbeiterstreik habe die Notwendigkeit hierfür klar erwiesen. Der Redner kritisiert dann die Tätigkeit des Ostmarkenvereins in der Frage der Wanderarbeiter.

Abg. Warmuth (Wp.): Die Schwierigkeiten für den Mittelstand werden durch vermehrt, daß es an jungen Nachwuchs fehlt. Die jungen Leute gehen lieber in die Großbetriebe in der Hoffnung, eine möglichst gute bezahlte Stellung als Angestellter zu erreichen. Aber die Behauptung, daß der Turn des Mittelstandes allmählich ganz abbröckelt, wird durch die Statistik widerlegt. — In der Frage der Beamter und der Landarbeiter stimme ich den Anträgen des Abg. Schmidt zu. — Dringend notwendig ist ein Depositiengesetz.

Abg. Behrens (Wirtsh. Wp.): Gegenüber der Behauptung, daß unser Wirtschaftsleben die Fortführung der Sozialpolitik nicht ertragen könne, muß man darauf hinweisen, daß die Sozialpolitik eine der wesentlichen Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung ist, denn sie macht die Arbeiter leistungsfähiger als Produzenten und als Konsumenten und trägt weiter zu ihrer Gefundheit bei, was auch für die Wehrkraft der Nation bedeutungsvoll ist, da die Arbeiter mehr als zwei Drittel des Volkes ausmachen. Einige wenige Reformen in der Sozialpolitik, wie die Herabsetzung der Altersgrenze auf das 18. Lebensjahr, sind sprichwörtlich. Das Beamtergesetz, das wir vor zwei Jahren angenommen haben, ist auf fallende Weise noch immer nicht durchgeführt. Dem Antrag, auch die Auswirkungen des Koalitionsrechts in Arbeitgeberkreisen festzustellen, stimme ich zu, damit die Regierung eine wirtschaftlich paritätische Denkschrift vorlegen kann. Die wichtige Landarbeiterfrage sollte nicht zum Gegenstand politischer Parteidreitselschaft gemacht werden. Die innere Kolonisation, so wichtig sie ist, ist doch kein Altheilmittel gegen den Landarbeiterkampf. Die Ursachen der Landflucht liegen weniger auf materiellem, als auf idealem Gebiet. Es kommt bei in Betracht die übliche Mißachtung der Landarbeit, das geringe Standesbewußtsein der Landarbeiter, das völlig veraltete und viel zu komplizierte Landarbeiterrecht. Auch öffentlich-rechtlich sind die Landarbeiter nicht den andern Bürgern gleichgestellt. Ferner sind die Sozialmethoden nicht immer genügend der Neuzeit angepaßt. In einigen Provinzen haben die Landarbeiter absolute Koalitionsfreiheit, in anderen stark beschränkt Koalitionsrecht. Gestreikt wird am wenigsten dort, wo die Koalitionsfreiheit am größten ist. Der Landflucht muß Einhalt getan werden; geschehen kann es nur durch eine soziale Reform des Landarbeiterrechts. (Bravo! bei der Wirtsh. Wp.)

Abg. Dr. Becker-Bingen (bei seiner Reaktion) bringt Wünsche in bezug auf Änderung der ärztlichen Prüfungsordnung vor und wünscht erhöhte Zulassung für die Industrie der künstlichen Zähne.

Der neue amerikanische Zolltarif stellt keineswegs einen Bruch mit dem Hochzollsystem dar; das erkennt auch der Sozialdemokrat Schipper an. Zu einer Änderung unserer Wirtschaftspolitik liegt deshalb gar kein Anlaß vor. Dafür, daß in der Sozialpolitik eine Ruhepause eintreten soll, daß an neue große Kosten durch eine Arbeitslosenversicherung nicht gedacht wird, dafür sind die Gewerkschaften im Range dem Staatssekretär dankbar.

Abg. Wolfenbuhr (Soz.): Die Schuhzölle sagen dem Schuhzoll alles erdenkbar Gute nach, die ganze Sozialgesetzgebung soll ohne ihn unendlich sein. Dabei hat Großbritannien, das keinen Schuhzoll hat, sogar eine Arbeitslosenversicherung, und seine Industrie wird daran nicht zugrunde gehen. Freilich haben auch englische Fabrikanten bei Einführung von Schuhbestimmungen für die Arbeiter beständig geschrien, sie könnten das nicht ertragen und müßten zugrunde gehen. Dicke hat weißlich darüber gespottet. Auch in Deutschland ist die Industrie nicht durch die Kosten der Sozialpolitik gefährdet. Sind denn alle Prophesien in Erfüllung gegangen, die die Hochzollner uns gemacht haben? Zunächst behauptete man ja, wir könnten viel bessere Handelsverträge abschließen, wenn wir mehr Positionen im Pariser Hafen hätten; dann

Reichstag.

Eröffnung. Freitag, 30. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesräte: Dr. Delbrück.

Alle Anfragen. Auf eine Anfrage des

Abg. Dr. Trendel (Zent.), betr. die Auslegung einer Bestimmung des Wehrbeitragsgeuges erwidert.

Unterstaatssekretär Jahn: Das auf Grund des Wehrbeitragsgesetzes am 31. Dezember 1913 festgesetzte Vermögen ist unverändert bei Feststellung der Vermögen im Jahre 1917 zugrunde zu legen. Es wird mit dem Ergebnis der am 31. Dezember 1916 ermittelten Vermögen verglichen werden.

Abg. Stieler (Zent.): Die Verlegung des 90. Infanterieregiments aus Jävern nach den Baracken von Hagnau und insbeson-

Zur Konfirmation empfehlen wir Kleiderstoffe in reicher Auswahl!

Weisse und schwarze Kleiderstoffe in Woll-
Bunt, Crêpon, Sergio und Popeline Meter von Mark
Crêpline und Crêpon der moderne einfarbige Kleider-
stoff in giftgrün, Tango, Cerise und Havanna . . . Meter von Mark

125
175
Karierte Stoffe für Kleider, Blusen und Röcke, die grosse Mode
für Frühjahr Meter von Mark 200
Ramagierte Stoffe in Mohair, Bolienne u. Halbseide, grosse Auswahl Meter von Mark 275

Bitten unsere Spezial-Auslagen
Mädler-Passage zu beachten.
Pörsch & Kornills, Markt 17
Spezial-Geschäft für Kleiderstoffe.